



## **Silberbach, die unendliche Geschichte - Die CDU übt sich in der Tatsachenleugnung mit alternativen Fakten**

Wieder schlägt das Baugebiet „Am Silberbach“ hohe Wellen. Zumindest, wenn man dem Artikel in der TZ vom 14.09.2020 glauben will, was nun die Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen in der Gemeindevertretung Glashütten zu einer Richtigstellung veranlasst hat.

Dabei hatten sich doch im Herbst 2018 die Gemüter weitgehend beruhigt. Die TZ berichtete über die Bürgerversammlung zur „frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit“ und titelte in ihrer Ausgabe vom 24.11.2018 „Für jede Frage eine Antwort. Bei der Bürgerversammlung zum Silberbach ging es nur noch um Details“. Ein grundsätzliches Veto wurde nicht mehr erhoben.

„Das hatte auch seine Gründe“, führt die SPD-Fraktionsvorsitzende Angelika Röhrer aus. Die ursprüngliche Planung sei 2004 von der damaligen CDU-Bürgermeisterin angestoßen und vorangetrieben worden. „Ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan wurde von der Gemeindevertretung gefasst. Er umfasste einen weitaus größeren Gebietsbereich und zog sich weit in den südlichen Bereich des Silberbachtals hinein. Dieses Neubaugbiet hätte einen Bevölkerungszuwachs von ca. 500 Neubürgern bedeutet. Das wäre ein „vierter Ortsteil“ geworden!“

Röhrer weiter: „In der Folgezeit wurden immer mehr Bedenken gegen die Größe des Gebiets geäußert, die kritischen Stimmen aus der Bevölkerung immer lauter, im Einklang mit der anhaltenden Kritik aus den anderen Fraktionen. Das Projekt stagnierte. Zehn Jahre später kam Bewegung in die Sache. Die 2014 gewählte unabhängige Bürgermeisterin Brigitte Bannenber, die eine lange Ägide von CDU Bürgermeistern ablöste, hatte sich bereits in ihrem Wahlkampf gegen die Größe des Baugebiets ausgesprochen. Ein artenschutzrechtliches Gutachten zeigte zudem, dass der südliche Teil aus ökologischen Gründen nicht bebaut werden könnte.

Das Gebiet wurde auf ein Drittel verkleinert und somit deutlich abgespeckt. Im Übrigen wurde auf Antrag der CDU der Geltungsbereich noch ein wenig erweitert. Im Herbst 2018 kam es dann zur Vorstellung des Vorentwurfs auf einer Bürgerversammlung. Sowohl die Bürgerschaft als auch die begleitende Presse votierten positiv, ohne gravierende Einwände, für den passenden Neuentwurf.

„Nun versucht die CDU-Fraktion zwei Jahre später unter ihrem Vorsitzenden Klaus Hindrichs, bei Anwendung von erhöhter Wahlkampfrhetorik die Angelegenheit aus fadenscheinigen Gründen neu aufzumischen“, fährt Stefan John, der Vorsitzende der FDP-Fraktion fort. So werde das Schreckbild eines „neuen Ortsteils“ heraufbeschworen, dem jegliche Anbindung an Schloßborn fehle. Diese Einschätzung lasse die Beteiligten ratlos zurück. John: „Liegt das Gebiet doch in unmittelbarer Nachbarschaft der Grundschule, der Kulturhalle (jetzt noch Mehrzweckhalle), des Sportplatzes und der zukünftigen Sporthalle. Unverständlich bleibt auch die Klage über die mangelnde Einbindung der Öffentlichkeit. Auf der Internetseite der Gemeinde Glashütten ([www.gemeinde-glashuetten.de](http://www.gemeinde-glashuetten.de)) ist nachzulesen, zu welchen Bereichen nach der Vorstellung des Planentwurfs 2018 bereits Stellungnahmen, auch von Behörden und Trägern öffentlicher Belange, eingegangen sind und welche Informationen und Gutachten bereits vorliegen, einschließlich eines in Auftrag gegebenen innovativen Klimakonzeptes. Es gibt also genügend Belege dafür, dass man keineswegs seit 2018 die Hände in den Schoß gelegt hat, wie die CDU glauben machen will. Darüber hinaus wird der Entwurf des Bebauungsplans vom 28.09. bis zum 06.11.2020 im Rathaus offengelegt werden. Jede(r) kann Anregungen, Hinweise oder Einwendungen abgeben, die dann vom beauftragten Planungsbüro und der Gemeinde auf ihre Relevanz geprüft und berücksichtigt werden.“

Zu einem weiteren mehrfach erhobenen Vorwurf der CDU erklärt Marco Abbé, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Bau- und Siedlungsausschuss: „Die nach Baugesetzbuch vorgeschriebene frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde aufgrund einer Beschlussempfehlung des Bau- und Siedlungsausschusses im August 2018, bei dessen Sitzung auch die CDU anwesend war, in die Wege geleitet. Dabei hatte das Planungsbüro den Auftrag, den vorgelegten Vorentwurf als Musterbeispiel vorzustellen sowie um weitere Planungsvarianten und Ideen zu ergänzen. Der daraus resultierende Bebauungsplanentwurf wurde schließlich der Gemeindevertretung zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Von einem Ignorieren der Beschlusslage kann keine Rede sein, wie auch der Ausschussvorsitzende Christoph Barth, welcher die Beschlussempfehlung seinerzeit ausformuliert hatte, bestätigt. Dass die CDU nach wie vor entgegen aller ihr hinreichend bekannten Erläuterungen behauptet, der Gemeindevertretung hätten zwingend verschiedene Planungsvarianten vorgelegt werden müssen, lässt tief blicken. Hat doch das beauftragte Planungsbüro selbst ausführlich erläutert, in seinem endgültigen Planentwurf sämtliche in Frage kommenden Varianten ausgiebig geprüft und abgewogen zu haben, und uns als Gemeinde nun das bestmögliche Ergebnis daraus zu präsentieren, wie es in einem solchen Verfahren absolut üblich ist. Ob die CDU einfach nicht willens oder tatsächlich nicht in der Lage ist, den vor zwei Jahren von der Gemeindevertretung gefassten Beschluss so zu verstehen, wie er eindeutig gemeint war, wird wohl für immer ihr Geheimnis bleiben.“

„Was die CDU noch am Planentwurf bemängelt, ist fehlender gemeinschaftlicher Wohnraum, fehlende ökologische Ausrichtung der Bebauung sowie kein Blockheizkraftwerk“, kritisiert Christoph Barth (Bündnis 90 / Die Grünen), Vorsitzender des Bau- und Siedlungsausschusses. „Zum einen würde genau dies den Gebietscharakter am Ortsrand völlig auf den Kopf stellen, zum anderen hat die Gemeinde ein professionell zu erstellendes Energiekonzept nach den Vorgaben der Hessischen Landesregierung für den gesamten Planbereich in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieses Energiekonzeptes werden zeigen, welche Maßnahmen genau hier ökologisch sinnvoll und finanzierbar sind, und bei der konkreten Umsetzung des Baugebiets dann selbstverständlich berücksichtigt werden.“

„All das weiß natürlich auch die CDU. Sie versucht, wie schon beim Aufreger der Veränderungssperre zum Plangebiet „Über dem Seegrund“, Wählerstimmen durch nachweislich falsche Behauptungen abzufischen und die Bürgermeisterin zu diskreditieren. Vielleicht übersteigt aber auch die Komplexität der notwendigen Verfahrensabläufe einfach nur das Auffassungsvermögen der CDU-Fraktion“, so Barth abschließend.